Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

82 (10.4.1892) II. Blatt

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 82, II. Blatt. Sonntag, den 10. April 1892.

W. Was in der zweiten badischen Kammer unter Lamey's Präsidium möglich ist.

Karlsruhe, 8. April.

In der zweiten Kammer gab es heute einen Auftritt, wie er bis jetzt noch nicht vorgekommen ist. Er begann mit einem persönlichen Angriff gegen den Abg. Wacker und gestaltete sich zu einer förmlichen Bloßstellung der ganzen Kammer.

Präsident Lamey sprach von der Geschäftslage und begann mit einer Aufzählung der Gegenstände, die noch nicht erledigt sind. Als von der Gesetzesvorlage über die Besteuerung des Kunstweines die Rede war, erhob sich Abg. Pfefferle als Berichterstatter und erklärte, daß gleich nach den Osterferien der Bericht fertiggestellt sein werde, also gedruckt werden könne.

Das Gleiche erklärte Abg. Gesell bezüglich eines anderen Berichtes.

Hierauf sprach der Präsident vom Finanzgesetz, also zunächst von den Arbeiten der Budget-Kommission. Vor demselben harren noch verschiedene der Erledigung; sie sind theils gerade in den allerletzten Tagen zum Gegenstande von Kommissionsbeschlüssen gemacht worden, theils konnten sie noch gar nicht erledigt werden. So war zunächst die Rede vom Berichte über das Kultus-Budget. Der Berichterstatter, Abg. Fieser, erklärte, der Bericht habe noch nicht fertiggestellt werden können, weil eine Erklärung der Regierung noch ausstehe. Sobald dieselbe vorliege, könne die Fertigstellung erfolgen. Damit war die Sache erledigt. Der Präsident der Budget-Kommission enthielt sich jeglicher Bemerkung.

Nach dem Kultusbudget kam das Eisenbahnbau-Budget zur Sprache, worüber Abg. Wacker die Berichterstattung hat. Dieser erhob sich sofort und erklärte, die Kommission habe über die einzelnen Fragen Beschlüsse gefaßt, der Bericht selbst werde während der Osterferien ausgearbeitet werden. Damit schien die Sache erledigt. Nun aber erhob sich der Abg. Friderich, Vorsitzender dieser Kommission und erhob förmlich öffentliche Anklage gegen den Abg. Wacker, wie wenn derselbe durch Zurückstellen seines Berichtes die Erledigung des Finanzgesetzes verzögert und damit eine weitere Verlängerung der provisorischen Forterhebung der Steuern verschuldete. Ja! er wollte sogar glauben machen, daß er die Inangriffnahme verschiedener Bauten dadurch verzögere, also alle diejenigen mehr oder weniger schädige, welche auf die bezüglichen Arbeiten warten. In sehr selbstgefälliger Weise erzählte er noch, daß er krank gewesen und wiederholt in den Abg. Wacker gedrungen sei, den Bericht fertig zu stellen. Zugleich sprach er sein Bedauern darüber aus, daß er habe „einschreiten müssen".

Das war eine verabredete, zum Theil bestellte Geschichte, die den offenbaren Zweck hatte, sich am Abg. Wacker zu rächen und ihn zu diskreditiren. Es sollte aber Denen schlecht bekommen, die an diesem Ausfall gegen den ihnen mißfälligen Abgeordneten betheiligt waren. Dazu trug Lamey's Unvorsichtigkeit und Grobheit ganz wesentlich bei. Während Friderich sprach, glaubte Abg. Wacker, daß er einem von der nationalliberalen Fraktion verabredeten Angriff gegenüberstehe. Bald zeigte es sich indessen, daß dem nicht so war, daß vielmehr ganz andere Leute die Verabredung getroffen hatten.

Der Abg. Fieser hatte sich zum Worte gemeldet und nach ihm Abg. Wacker. Als nun Friderich geendet, rief Präsident Lamey den letzteren auf. Dieser aber machte geltend, daß Fieser zuerst um's Wort gebeten habe und bestand darauf, daß er auch zuerst sprechen sollte. Der gerechte und unparteiische Präsident Lamey witterte offenbar Etwas, was ihm nicht angenehm war; Wacker war indessen der Meinung, daß er auch gegen Fieser sich werde vertheidigen müssen. Das war ein gründlicher Irrthum. In der anerkennenswerthesten Weise trat Abg. Fieser gegen den Abg. Friderich auf. Gleich seine ersten Worte bewiesen, daß er dessen Auftreten gegen den Abg. Wacker sehr mißbilligte. Er erklärte, daß er den Abg. Wacker nicht vertheidigen wolle, dieser sei „Mann's genug, es selbst zu besorgen". In Wahrheit aber waren seine Ausführungen die kräftigste und wirkungsvollste Vertheidigung Wacker's.

Es war eine grobe Unwahrheit, die dem Vorsitzenden der Budgetkommission am allerwenigsten hätte passiren sollen, wenn Abg. Friderich behauptete, durch die Verzögerung des Wacker'schen Berichtes werde die Erledigung des Finanzgesetzes hinausgeschoben oder dasselbe hätte noch im April erledigt werden können, wenn Abg. Wacker seinen Bericht fertig gestellt hätte. Das könnte nur dann der Fall sein, wenn dieser Bericht der einzige wäre, der noch aussteht. Dem ist aber durchaus nicht so. Fieser wies nun zunächst die Unwahrheit dieses Theiles der Friderich'schen Ausführungen nach. In vollständig überzeugender Weise wies er nach, daß die Erledigung des Finanzgesetzes ganz unabhängig von Wacker's Bericht auf die von Friderich betonte Zeit rein unmöglich sei. Damit war dem Angriff desselben die Grundlage genommen, er erschien auch als das, was er war: eine That der Gehässigkeit.

Als Präsident der Budgetkommission hätte Friderich triftige Gründe, über Verschleppung der Arbeiten zu klagen, wie auch Seitens der Kommissionsmitglieder wiederholt bittere Beschwerde geführt worden ist. Nur dürfte er die Klage nicht gegen ein einzelnes Kommissionsmitglied wenden, wenn er nicht die Wahrheit und Gerechtigkeit verletzen wollte. Auf den richtigen Adressaten wies Fieser mit anerkennenswerthem Freimuth hin: die Großherzogliche Regierung selbst. Durch ihre Behandlungsweise der Budget-Fragen ist es bis jetzt rein unmöglich gewesen, an die Erledigung des Finanzgesetzes zu denken. Durch eine wahre Fluth von Nachträgen hat sie die Budgetkommission nicht bloß aufgehalten, sondern ihr wiederholt in sehr unangenehmer und störender Weise doppelte Arbeit gemacht. Es handelte sich dabei nicht zum kleinsten Theile um „politische Vorlagen", wie Gföttler offenherzig sich ausgedrückt hat. Diese „politische" Seite wird hauptsächlich durch den Herrn vertreten, der schon oft als „Wahlminister" bezeichnet worden ist. Gegen diesen hätte Friderich mit seinen Klagen sich wenden sollen. Das wäre mindestens mehr sachlich berechtigt gewesen, als daß er sich mit ihm associirte, um einen gehässigen Angriff gegen ein Kommissionsmitglied zu richten.

Wie der ganzen Kammer, so ist es namentlich auch dem Abgeordneten Friderich wohl bekannt, aus welchem Grunde Abg. Wacker mit der Fertigstellung seines Berichtes zurückhielt. Gerade dieser Grund ärgerte den Herrn von Durlach und seine Prinzipale im Ministerium, während Fieser ihn billigt. Zum nicht geringen Verdrusse Lamey's sprach er es unumwunden aus, daß es durchaus berechtigt sei, mit der Erledigung des Finanzgesetzes zurückzuhalten, um es der Regierung unmöglich zu machen oder doch zu erschweren, den Landtag zu schließen, um die ihr unangenehmen Dinge nicht zur Verhandlung kommen zu lassen.

Ziemlich unwirsch erklärte Lamey es als unberechtigt, aus irgend welchen Nebengründen, die Erledigung einer einzelnen Arbeit zu verzögern. Das war sehr kühn von einem Präsidenten, bei dem so oft schon Neben-Rücksichten nicht ohne Einfluß darauf waren, wie und wann er einzelne Arbeiten der Kammer zur Verhandlung kommen ließ. Allein das war eine Kleinigkeit im Vergleiche zu dem, was er nachher noch leistete. Er vergaloppirte sich soweit, zu sagen, **er könne der Kammer nicht das Zeugniß geben, daß sie, abgesehen von den letzten Tagen, besonders arbeitsfähig gewesen sei.**

Das war nun eine thatsächliche Unwahrheit, es war eine grobe Beleidigung der ganzen Kammer und da es nicht etwa durch die „Bad. Ldsztg.", sondern durch den Kammerpräsidenten selbst geschah und zwar in öffentlicher Sitzung, zugleich eine unbegreifliche und unverzeihliche Taktlosigkeit.

Fieser's Auftreten im Verein mit Lamey's Taktlosigkeit hatte auf Wacker's Ausführungen ganz wesentlichen Einfluß, wovon Friderich persönlich profitirte, wenigstens insofern, als er nunmehr Einiges nicht zu hören bekam, was ihm bereits zugedacht war, ehe Fieser gesprochen hatte. Wacker wollte nunmehr die Sache vom rein persönlichen Gebiet entfernen und zu einer Angelegenheit der Kammer machen. Darum sprach er gegen Friderich nur so viel, als zur Selbstvertheidigung nöthig war und den Präsidenten ließ er ganz aus dem Spiele. Er erreichte denn auch vollständig seinen Zweck.

Von vornherein erklärte er das Auftreten Friderich's als unerhört. Es sei schon unerhört, daß er officiös (durch die „Bad. Korr." und die „Karlsr. Ztg.") gemahnt worden sei, noch mehr aber, daß der Präsident der Kommission ein einzelnes Kommissionsmitglied in öffentlicher Kammerverhandlung in solcher Weise vor sein Gericht ziehe. Ein solcher Vorgang gehe wenigstens indirekt jeden einzelnen Abgeordneten an und sei eine Angelegenheit der ganzen Kammer. Zum allerersten Male habe der Kommissionspräsident Friderich davon gesprochen, daß durch die Verzögerung des Berichtes auch der Beginn von Bauten verzögert werde. Es sei aber auch absolut unglaubhaft. Es war diese Behauptung Friderich's schon deßhalb geradezu lächerlich, weil die Regierung nicht anfangen kann, ehe das Finanzgesetz erledigt ist, wenn sonst auch alles genügend vorbereitet wäre. Zum Ueberflusse hat Staatsrath Eisenlohr ganz köstlich es nachher bestätigt. Er hatte den Abg. Wacker scheint's nicht richtig verstanden und meinte gegen ihn zu sprechen, während er in Wahrheit für ihn sprach. Wie bereits bemerkt, ist die Erledigung des Finanzgesetzes durch ganz anderes verzögert als durch das Ausbleiben des Wacker'schen Berichtes. Dieser machte ferner geltend, Friderich habe ein ganz wesentliches Moment nicht berührt. Die Kommission habe den förmlichen Beschluß gefaßt, die großen in Mannheim geplanten Projekte zu besichtigen. Das sei aber bis jetzt nicht geschehen. Selbstverständlich nimmt man niemals nach Erledigung einer Sache einen Augenschein vor, sondern vorher.

Ferner wies er an Fieser's Ausführungen anknüpfend darauf hin, daß noch verschiedene andere Kommissionsarbeiten nicht erledigt seien, daß z. B. gerade der Bericht über das Kultusbudget seiner Erledigung noch harre, obwohl die Kommission schon vor Weihnachten die Sache bereits fertig gemacht habe. Was aber bei dem einen Bericht aus diesem Grunde statthaft sei, das sei bei einem anderen aus anderen Gründen. Ueberzeugend wies er nach, daß die Verzögerung seines Berichtes wie auch die Erledigung des Finanzgesetzes, so auch auf die Geschäftslage des Hauses überhaupt gar nicht eingewirkt habe. Am 17. März habe die Kommission ihre Beschlüsse gemacht; von da an habe von der Fertigstellung des Berichtes gesprochen werden können. Gerade seit jener Zeit habe die Kammer überreich gearbeitet und er selbst nicht den kleinsten Antheil an diesen Arbeiten gehabt.

Endlich wies er auf die kurze Frist von 3 Wochen hin und bemerkte dazu, daß er keineswegs sagen wolle, die Fertigstellung des Berichtes sei ihm nicht möglich gewesen. Allein Rücksichten, wie der Abg. Fieser sie erwähnt habe, seien nach seiner Ueberzeugung berechtigt, wenn auch der Präsident seine Mißbilligung ausgesprochen habe. Er schloß sodann mit der nochmaligen Erklärung, daß Friderich's Vorgehen unerhört sei, und bemerkte, er werde für seine Person die praktischen Folgerungen daraus ziehen.

Abg. v. Buol sprach sein lebhaftes Bedauern über ein solches Vorkommniß aus und betonte mit Recht, daß die Angelegenheit im Schooße der Kommission hätte bleiben und erledigt werden sollen.

Abg. Hug, Vizepräsident der Budgetkommission, wies ebenso energisch wie wirkungsvoll darauf hin, daß die Kommission während der Krankheit Friderich's so eifrig und viel gearbeitet und erledigt habe, als überhaupt möglich war. Der selbstgefällige Herr Friderich hatte das ganz übersehen, daß er von seiner Erkrankung sprach.

Ferner betonte Hug sehr entschieden, daß die Zeitfrist von 3 Wochen an sich eine kurze sei. Ihm selbst seien verschiedene Fälle in Erinnerung, in denen Berichte 2 bis 3 Monate auf sich warten ließen, nachdem die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hatte. Nebenbei bemerkt waren dabei keine Berichterstatter aus den Reihen des Centrums in Frage. Das hatte Friderich natürlich vergessen. Nun er durfte froh sein, daß nach dieser Richtung nicht noch viel mehr gesagt worden ist; er zog es auch vor, darüber zu schweigen.

Nachdem Hug gesprochen hatte, traten verschiedene nationalliberale Vorstände einzelner Kommissionen auf, um mit aller Energie gegen Lamey's Vorwurf zu protestiren, so die Herren Kiefer, Klein-Werthheim und Wickens. Namentlich der letztere machte aus seiner Entrüstung gar kein Hehl. Er gehört auch zu den fleißigsten und meistbelasteten Abgeordneten. Für Friderich und sein Auftreten wurde kein Wort gesprochen, nicht einmal Kiefer fand auch nur ein einziges Wort für Friderich oder gegen Wacker. Noch mehr: wie sich gerade unter den Nationalliberalen ein wahrer Sturm der Entrüstung gegen Lamey entfesselte und in Gegenwart von Centrumsabgeordneten in den kräftigsten Ausdrücken sich Luft machte, so waren eine Reihe derer, und zwar gerade solche, die zu pronouncirteren Gegnern Wacker's gehören, angelegentlich bemüht, ihn wissen zu lassen, daß sie Friderich's Auftreten mißbilligen und bedauern. So war und ist, wie Nachmittags von mehreren der Herren versichert wurde, die Stimmung in der ganzen Fraktion.

Das ist sehr glaublich; die Herren haben ihre guten Gründe dazu. Friderich und Lamey haben die Partei schwer kompromittirt.

Deutschland.

Berlin, 8. April.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dementirt abermals auf das Bestimmteste, daß Deutschland die Initiative zu einer handelspolitischen Annäherung an Rußland ergriffen habe. Falls von russischer Seite jemals Schritte geschehen seien, um sich über die deutsche Handelspolitik zu informiren, so dürfte in Petersburg darüber Gewißheit bestehen, daß der deutsche Konventionaltarif nur gegen gleichwerthige tarifarische Konzessionen und gegen das Aufhören der Beschränkungen gegenüber dem deutschen Import zu erlangen sei.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, es sei thatsächlich richtig, daß sich die leitenden Kreise mit Erwägungen über Verstärkung der Wehrkraft eingehend beschäftigen.

— Die „Nationalzeitung" erfährt, über die vom Reichskanzler Grafen Caprivi in der Reichstagssitzung vom 27. November 1891 angekündigte mögliche Vorlage zur Ausnützung der steigenden Bevölkerungsziffer für die Stärkung der Wehrkraft seien bis vor Kurzem noch keine entscheidenden Beschlüsse gefaßt worden.

— Die „Voss. Ztg." meldet die Absicht, einen Antrag auf Erlaß eines Schuldotationsgesetzes beizubringen, werde zur Ausführung gelangen.

— Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwürfen betreffs die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und betreffs den Verkehr mit Wein zugestimmt.

— Die konservative Fraktion des Herrenhauses widmete dem Grafen Zedlitz eine Adresse mit 85 Unterschriften, worin die höchste Verehrung und dankbare Liebe ausgedrückt und die Zustimmung zu den Grundsätzen des Schulgesetzes kundgegeben wird.

— Herr v. Helldorff ist von der konservativen Fraktion des Herrenhauses, der er angehörte, mit allen gegen eine Stimme ausgeschlossen worden. Die konservative Reichstagsfraktion, der er ebenfalls angehört, ist natürlich seit dem Schluß des Reichstags nicht mehr versammelt; immer lauter aber erhebt sich in den konservativen Kreisen des Landes der Ruf nach einem Parteitag.

— Eine wüste Bismarck-Vergötterung hat sich ein nationalliberales Blatt in der Pfalz, die „Neustadter Zeitung", in ihrer Nr. 72 vom 2. April geleistet. In einem von einem gewissen Trautler unterzeichneten Artikel heißt es: „Ja, sein (Bismarck's) Geburtstag wird uns Deutschen einst ein Festtag, der im Kalender roth gedruckt erscheint, gleich dem hl. Christtag. Am 25. Dezember wurde geboren der Gottmensch, der uns lehrte, daß wir Brüder seien, der 1. April brachte uns den menschlichen Gott, welcher zur That werden ließ das hohe Wort: Wir wollen sein ein einig' Volk von Brüdern; in keiner Noth uns trennen und Gefahr." Im Uebrigen strotzt der Artikel, wie es in diesem Zusammenhange fast selbstverständlich ist, von glühendstem Hasse gegen den „Ultramontanismus".

— Die Stadtverordnetenversammlung nahm gestern einstimmig eine Resolution an, die den Magistrat auffordert, den Reichskanzler erneut um Abänderung der Instruktion, betreffs des Gebrauchs von Schußwaffen durch die Wachtposten, zu ersuchen.

— Das Magistratskollegium beschloß in der heutigen Sitzung für Deckungen der Bedürfnisse der nächsten vier Jahre die Creirung einer neuen Anleihe, die 70 Millionen Mark betragen wird.

Posen, 8. April. Dekan Poninski in Koszieler ist von vier Verkleideten meuchlerisch überfallen und durch Revolverschüsse lebensgefährlich verwundet worden. Die Attentäter entflohen, wurden jedoch verfolgt. In hartem Kampfe fielen zwei Attentäter, die beiden anderen erschossen sich selbst. Die „Pos. Ztg." meldet, bei denselben seien rothe Zettel mit der Aufschrift „Exekutivkomitee der polnischen Anarchisten" gefunden worden. Dekan Poninski wurde im Zimmer überfallen. Die Räuber verlangten im Auftrag der polnischen Anarchisten sämmtliche Gelder. Poninski sprang durch das Fenster in den Garten, wobei er vier schwere, jedoch nicht lebensgefährliche Schüsse erhielt. Bei der Verfolgung wurde ein Räuber getödtet. Ein zweiter erschoß sich selbst. Der dritte tödtete den vierten und sodann sich selber. Zwei Mörder sind als Pilawski und Urbaniak aus Inowrazlaw erkannt worden. Die Räuber sollen direkt aus Berlin gekommen sein.

Bochum, 8. April. Sonntag finden Versammlungen der Bergleute statt, um eine Resolution zur Berggesetznovelle zu fassen.

Essen, 8. April. Die Delegirtenversammlung der bergbaulichen Vereine, welche gestern unter Vorsitz Krabler's in Altenessen tagte, erklärte einstimmig, eine Reihe von Bestimmungen der Berggesetznovelle sei mit den Interessen des Bergbaues unvereinbar und man beschloß, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten.

Ausland.

Paris, 8. April. Die Untersuchung gegen Ravachol ist beendigt. Morgen wird der Untersuchungsrichter die Akten dem Staatsanwalt übergeben. Ravachol nimmt die Thäterschaft für die Anschläge am Boulevard St. Germain und in der Rue de Clichy für sich allein in Anspruch und verweigert über seine Mitschuldigen hartnäckig jede Auskunft.

Der Bischof von Mende hat an seine Geistlichen ein von ihm unterzeichnetes Rundschreiben gerichtet, das von der Kanzel verlesen werden soll und in dem den Katholiken anbefohlen wird, bei den bevorstehenden Gemeindewahlen nur für Kandidaten zu stimmen, die sich verpflichten, in den Gemeinderäthen stets die Interessen der Religion zu vertreten. Der Bischof meint, auf diese Weise könnten die Geistlichen in den Kirchen eine Wahlinstruktion geben, ohne behelligt zu werden.

Das Ergebniß der endlosen Berathung der Kammer über Dahome ist gleich Null, so daß Samstag die Sache eigentlich wieder von Neuem angefangen werden muß. Der Gesammteindruck ist zunächst der, daß das Ministerium die Ereignisse nicht leitet, sondern sich von ihnen tragen läßt.

Der Glattdeckkreuzer 3. Klasse „Talisman" von der südatlantischen Station hat Befehl erhalten, sich im Golf von Benin mit dem Kreuzer „Sané" zu vereinigen. 224 Marinesoldaten sind heute Vormittag von Brest nach Bordeaux befördert worden, um am Sonntag nach dem Senegal eingeschifft zu werden. Weitere Verstärkungen werden dorthin abgehen, sobald die geforderten Kredite bewilligt sind.

Lüttich, 8. April. Unter der Brücke Pont-des-Arches sind heute sechs Sprengpatronen, die anscheinend aus dem Diebstahl auf der Grube Baneux herrühren, aufgefunden worden. Rothe, vom Bundesausschuß unterzeichnete Maueranschläge kündigen eine große Kundgebung der Arbeiterpartei am 1. Mai an.

Seraing, 8. April. Ein spielender Knabe fand mehrere Dynamitpatronen im Hofe eines bekannten Anarchisten.

London, 8. April. Wie der „Daily News" aus Kairo gemeldet wird, dauern die Unterhandlungen betreffs des Fermans fort. Wahrscheinlich wird mit dem Sultan vereinbart werden, daß durch einen Nachtrag die Grenzbestimmung ausgemerzt wird. Die „Times" läßt sich im Leitartikel mit großer Schärfe über den Gegenstand vernehmen und bemerkt unter anderem: Niemand hege den Wunsch, die Oberherrschaft des Sultans in Frage zu stellen, immer vorausgesetzt jedoch, daß die Lehnsherrlichkeit nicht benutzt werde, Aegypten seiner autonomen Rechte zu berauben oder im Genuß derselben zu stören.

In Bradford ist gestern ein Strike der Färber ausgebrochen. Dieselben verlangen eine Lohnerhöhung und es wird befürchtet, daß 5000 Arbeiter sich dem Ausstand anschließen werden.

Petersburg, 8. April. Anläßlich der Gerüchte über eine handelspolitische Annäherung zwischen Rußland und Deutschland bemerkt die „Nowoje Wremja", daß eine Ermäßigung oder gar eine Aufhebung der deutschen Zölle auf russisches Getreide um den Preis einer Schwächung der russischen Schutzzölle für die russische Landwirthschaft ein sehr gefährliches Geschenk wäre.

Telegraphische Berichte über den Stand der Wintersaaten in sämmtlichen Gouvernements, welche dem Finanzministerium am 3. April zugegangen sind, konstatiren eine erfreuliche Wendung und lassen die früheren Befürchtungen über einen voraussichtlich schlechten Ernteausfall gegenstandslos erscheinen. Das Finanzministerium konstatirt auf Grund übereinstimmender Berichte der Korrespondenten des Domänenministeriums, eine befriedigende Ernte in Südrußland sei auch dann zu erwarten, wenn der den Saaten nöthige Mairegen ganz oder theilweise ausbliebe. Die Aussaat der Sommergetreide habe unter günstigen Auspicien begonnen. Das Finanzministerium beharrt bei der Ansicht, es sei gewagt, die Ausfuhr der in den Hafenstädten liegenden Getreidevorräthe zu gestatten. Vor dem 13. Juli werde das Finanzministerium die Aufhebung des Getreideausfuhrverbotes unter keiner Bedingung gestatten.

Durch die von der Londoner Zeitschrift „Nineteenth Century" veranstalteten Sammlungen sind nunmehr die Mittel zur Errichtung eines temporären Typhushospitals zu fünfzig Betten in Ssamara, sowie zur Entsendung eines Sanitätszuges in den Kreis Nowo-Usenik beschafft worden. Von dem Hilfskomitee des Gouvernements Ssamara wurden auf dem Lande zahlreiche Curatorien für Nothleidende, sowie Freitische und Bäckereien eingerichtet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Belgrad, 8. April. Die serbische Regierung hat sich jetzt laut zuverlässiger Nachricht entschlossen, alle in Serbien weilenden bulgarischen Flüchtlinge schon in allernächster Zeit auszuweisen, um diese Quelle der fortgesetzten Beunruhigungen endgiltig zu verstopfen. Diese bulgarischen Friedensstörer werden sich voraussichtlich sämmtlich nach Rußland begeben.

Buenos Aires, 8. April. Von hier wird dem „Standard" gemeldet, daß die radikale Partei die Absicht habe, sich vorläufig von einer aktiven Theilnahme an den Geschäften des Landes zurückzuziehen. Die Regierung scheine die Verhaftungen von Politikern in übereifriger Weise vorgenommen zu haben, da trotz der sorgfältigsten Untersuchungen bisher keine überzeugenden Beweise von einer Verschwörung gegen die Regierung zu finden gewesen sind.

Baden.

* **Karlsruhe,** 9. April. Im Leitartikel der gestrigen Nummer ist gegen den Schluß hin ausgeführt, daß die Socialisten für Annahme des ganzen Paragraphen über den Zwang zur Uebernahme des Organistendienstes gestimmt und damit ihren eigenen Standpunkt verläugnet hätten. Wie uns nun von Herrn Dr. Rüdt mitgetheilt wird, beruht diese Darstellung auf einem Irrthum, da er und sein Parteikollege Dreesbach gegen die Annahme gestimmt hätten.

Badischer Landtag.

-d. **Karlsruhe,** 8. April.

16. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Vicepräsident Freiherr Franz v. Bodman eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Finanzminister Gönner und Ministerialrath Wieland.

Eingegangen ist eine Petition wegen Erbauung einer Sekundärbahn von Landern nach Haltingen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betrifft die Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung und über den Antheil am Reingewinn der Main-Neckar-Eisenbahn für 1892 und 1893.

Berichterstatter Kommerzienrath Sander weist darauf hin, daß dieses Budget die höchsten Zahlen aufweise; die Eisenbahnschuldentilgungskasse bedürfe noch eines Staatszuschusses, dies sei aber nicht zu umgehen, weil Leben und Gesundheit täglich von Tausenden auf dem Spiele stehen. Baden habe nicht nur ein reichhaltiges Bahnnetz, sondern führe auch stets Verbesserungen ein, wie die Sendung einer Kommission nach England beweise, er wünscht auch anläßlich der Chicagoer Ausstellung eine solche nach Nordamerika. Zu dem verbesserten Betrieb kommen noch die unrentablen Bahnen, besonders die strategischen Bahnen ergeben ein Betriebsdefizit und er wolle dies deßhalb zur Sprache bringen, weil erst jetzt noch eine solche Bahn direkt von hier nach Hagenau komme, welche die Rentabilität anderer Bahnen mindern werde. Er wünscht, Baden solle zum Bau nichts beitragen, Baden leide genug durch den Betrieb. Dazu kommen noch die höheren Gehalte und Löhne, die höheren Preise der Materialien, alles dies veranlasse, daß die Ausgaben höher werden. Es sei ein Verdienst der Verwaltung, daß denselben auch erhöhte Einnahme entgegenstehe. Es herrsche das Bestreben, die Personentarife herabzusetzen; wenn es bei den benachbarten Staaten geschieht, werde Baden nachfolgen müssen, einstweilen solle man die Sache an sich herankommen lassen. Der Zonentarif ist allerdings eine Reform, einfach und klar verständlich und hat in Ungarn gute Resultate zur Folge gehabt, doch könne man nicht voraussehen, daß dies auch bei Baden der Fall sein wird. Wenn aber eine Reform kommt, solle es eine rechte sein, besonders bei der 3. Klasse. In diesem Budget müsse man Vertrauen in die Verwaltung haben, diese sei durchaus gerechtfertigt und deßhalb ersuche er um Annahme der Vorlage.

Geheimer Rath Dr. v. Holst befürwortet ebenfalls die Entsendung von theoretisch und praktisch gebildeten Eisenbahnbeamten nach Amerika und weist darauf hin, daß auch Preußen auf ergangene Einladung zur Eröffnung der North-Pacific Delegirte nach dorten sandte. Aus den Resultaten gehe hervor, daß dort positiv und negativ etwas zu lernen sei. Er schildert den Unterschied zwischen dort und bei uns, wenn die Verhältnisse auch anders seien, könnten die Delegirten doch am vollendetem Material, an dem Betrieb und den Anlagen lernen und das wirke dankenswerthe Resultate zur Folge haben. Auf der Ausstellung werde Alles vereinigt sein und diese Gelegenheit solle man benützen. In Preußen würden an den Hochschulen Vorträge gehalten über Eisenbahnpolitik mit allen ihren Ausstrahlungen, auch in anderen Ländern sollten die Regierungen dieser Frage ihre Aufmerksamkeit schenken und verwerthen. Die civilisirte Welt befinde sich in einem Uebergangsstadium, man wisse und ahne nicht, was die nächste Zeit bringt und deßhalb solle nichts ignorirt werden. Die Vereinigten Staaten werden von Jahr zu Jahr ein bedeutenderer Faktor, in Chicago sei aber die ganze Welt vertreten und darum wünscht er nochmals die Entsendung von Delegirten und wenn keine Mittel vorhanden, solle man die im Budget eingestellte Summe verwenden, welche für ihren letzten Zweck nutzlos ausgegeben würde. Es sollten aber nicht nur Professoren der technischen Hochschule, sondern auch volkswirthschaftliche Professoren nach Chicago gesendet werden.

Generaldirektor Eisenlohr dankt Namens der Regierung und der Eisenbahnverwaltung für das Vertrauen, welches denselben entgegengebracht werde. Die Entsendung von Beamten der Eisenbahnverwaltung nach Chicago ist in Aussicht genommen, es werde aber dort Einrichtungen geben, die für unsere Verhältnisse nicht passen. Aber auch dort, wo man sieht, wie man es nicht machen soll, werde ein Gewinn erzielt, er hofft, daß die richtigen Männer ausgewählt werden, obwohl jede technische Kraft schmerzlich vermißt wird.

Damit schließt die Generaldebatte.

Bei der Einzelberathung spricht Geheimer Hofrath Dr. Engler bei Ausgaben Titel 1 seinen Dank aus für Vermehrung der Beamten-Ingenieure. Er bemängelt aber die Anstellung von Technikern, welche die staatliche Prüfung nicht absolvirt haben, während die Anforderungen bei den Prüfungen immer größer werden und sich deßhalb fast Niemand mehr zum Studium entschließt, das sei bei der Bahn bedenklich, wie auch die Verwendung von Ausländern. Zudem befinde sich die Verwaltung derart in der Klemme, daß sie kaum Delegirte nach Chicago entsenden könne. Wenn auch heute bei Betrieb unserer Bahnen noch die alte Sicherheit herrscht, so sei doch zu fürchten, daß unter solchen Verhältnissen dieselbe mit der Zeit leidet. Redner ist mit den Ausführungen der beiden Vorredner einverstanden und erklärt, diese Ingenieure seien nicht im Stande, selbst ihre Interesse zu wahren und diese müßten entschieden verbessert werden, wenn man deren Studien in Betracht ziehe, sie sollten in eine höhere Gehaltsklasse versetzt werden. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 8. April.

62. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. Hug bemerkt: Der Vorsitzende der Budgetkommission habe seinen (Hug's) Namen in seine Aeußerungen eingeflochten, was ihn veranlasse zu erklären, daß, so lange er (Redner) provisorisch die Verhandlungen der Budgetkommission geleitet habe, diese Kommission nach Kräften bemüht gewesen sei, ihrer Aufgabe nachzukommen. (Allgemeine Zustimmung.) Es seien während des Provisoriums eine Reihe umfassender Berichte festgestellt und die Beschlüsse über das Eisenbahnbudget am 17. März nach Anhörung der Regierungsvertreter definitiv gefaßt worden. Er bedauere, daß der Vorsitzende der Budgetkommission gegen den Abg. Wacker wegen der bis jetzt unterlassenen Vorlage des schriftlichen Berichts über das Eisenbahnbudget öffentlich Klage geführt habe. Seit dem 17. März seien erst 3 Wochen umflossen, also ein verhältnißmäßig kurzer Zeitraum, während nach Redners Erfahrung aus früheren Jahren, in manchen Fällen von der definitiven Beschlußfassung an Monate verstrichen seien, bis die einschlägigen Berichte erstattet wurden. Es scheine ihm kein zwingender Grund vorgelegen zu sein, vorläufige Angelegenheit in der Weise öffentlich zur Sprache zu bringen, wie es geschehen sei.

Abg. Kiefer hätte es auch gerne gesehen, wenn die Berichte, insbesondere der Eisenbahnbaubericht, noch vor den Ferien fertiggestellt worden wären.

Präsident Lamey gibt sich damit zufrieden, daß der Abg. Wacker seinen Bericht bis nach den Ferien fertig stellen will. Auch die übrigen Herren Berichterstatter stellen die Fertigstellung ihrer Berichte in Aussicht und begründen, warum dies nicht früher geschehen.

Abg. Wilckens weist darauf hin, daß die Mitglieder des Hauses thatsächlich mit Arbeiten überhäuft waren, er betone dies, damit im Lande nicht der Glaube erweckt werde, es sei in der Kammer nichts gethan worden.

Präsident Lamey will keinen Tadel ausgesprochen, sondern die Herren nur zur Fertigstellung ihrer Arbeiten gemahnt haben.

Nach diesen durch den Abg. Friderich hervorgerufenen, dem ganzen Haus ziemlich unerquicklichen Verhandlungen tritt eine Pause ein zur Bildung einer Kommission für den Krankenversicherungs-Gesetzentwurf.

Darauf tritt das Haus in die eigentliche Tagesordnung ein.

Es steht zur Berathung: Bericht des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeinde- und Städteordnung.

Es handelt sich hier im Wesentlichen um die Festhaltung der bisherigen Gemeindeumlagesätze, insbesondere bei der Kapitalrenten- und Einkommensteuer gegenüber der staatlichen Steuerherabsetzung. Nach den bisherigen Bestimmungen dürften nur 80 Prozent der jetzigen Kapitalrentensteuer, also höchstens 8 Pfennig, und die Einkommensteuer aus persönlichen Gehalten nur in der Höhe der Staatssteuer, also jetzt 2 Mk., erhoben werden. Im Interesse des Gemeindehaushalts soll aber den Gemeinden, und zwar vom 1. Dez. v. J. wirksam, gestattet werden, die bisherigen Höchstsätze der Kapitalrentensteuer mit 8,8 Pfg. und der Einkommensteuer mit 2 Mk. 50 Pfg. beizubehalten. Entsprechend der Vorlage stimmt die Kommission auch der Aufhebung der außerordentlichen Auflage auf den Bürgernutzen zu. Ein weiterer Theil der Vorlage bezieht sich auf einen besonderen Gegenstand, die Rechtsverhältnisse der abgesonderten Gemarkungen. Die Kommission enthielt sich grundsätzlich weiterer organisatorischer Anträge, da ohnehin Gemeindewahlen und Verbrauchssteuer Gegenstand besonderer Initiativanträge bilden. Nur wird bei einer künftigen Gesetzesdurchsicht die Aufmerksamkeit auf einen geringeren Belzug der gewerblichen Betriebskapitalien hingelenkt.

Berichterstatter Straub beschränkt sich auf wenige unwesentliche Bemerkungen, da sich die Kommission im Großen und Ganzen der Regierungsvorlage anschließe.

Abg. Wilckens macht darauf aufmerksam, daß nach der gegenwärtigen Gemeindeordnung bei Gemeindewahlen nur eine Wahlkommission gebildet werden dürfe. In größeren Gemeinden, Städten, leide dadurch die Geschäftssicherheit ganz bedenklich. In größeren Städten mache sich dies um so mehr bemerkbar, da die Wähler der 3. Wahlklasse hier nach Tausenden zählen. Es sei also nothwendig, daß in solchen Städten mehrere Wahlkommissionen gebildet werden dürfen. Dem stehe das Gesetz resp. der § 36 der Städteordnung nicht im Wege, welcher nur sage, die Wahlkommission bestehe aus dem Oberbürgermeister, dem Rathschreiber und zwei Stadträthen. Die Bildung von Unterwahlkommissionen sei demnach nicht ausgeschlossen und wolle deßhalb die hohe Regierung eine entsprechende Verordnung erlassen. Auch einige andere Punkte, z. B. das persönliche Einladen zu den Gemeindewahlen, das Ausschellen in Städten 2c. könnten gleichzeitig eine Aenderung erfahren. Die Städte seien bereit, vor Erlaß einer Verordnung ihre diesbezüglichen Wünsche mitzutheilen. Auch in der Art der Gemeindebesteuerung wünsche er im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit eine Aenderung nach anderen, als den bisherigen Besteuerungsgrundsätzen. Namentlich wolle er auch der Kirchensteuer nicht die Gemeindesteuer, sondern die Staatssteuer zu Grunde gelegt haben. Er unterstütze deßhalb die Vorschläge der Kommission.

Minister Eisenlohr bemerkt, daß verschiedene Punkte unberücksichtigt blieben, weil beabsichtigt sei, in nächster Zeit, womöglich auf dem nächsten Landtag, ein neues Gemeindesteuergesetz vorzulegen, und man sich deßhalb diesmal auf wenige Punkte beschränkt habe. Die Gemeindewahlordnung bedürfe einer Neuregelung, welche wohl auf Grund des jetzigen Gesetzes erfolgen könne und bald vorgenommen würde, wobei man auch die Wünsche der Städte berücksichtige.

Abg. Greif ist ebenfalls der Ansicht, daß recht bald eine Aenderung in der Art der Gemeindebesteuerung eintreten müsse und dankt dem Minister für das in dieser Richtung abgegebene Versprechen.

Abg. Rau hält eine ausführliche „Vorlesung" über unsere gegenwärtige Gemeindebesteuerung.

Abg. Marbe hält den vorliegenden Gesetzentwurf für ein Verlegenheitsgesetz, für eine nothwendige Folge der Herabsetzung der Staatssteuern mit einigen Besetzungen. Im Uebrigen stimme er den Anträgen der Kommission bezüglich der Gemeindebesteuerung bei. Eine Aenderung in der Gemeindewahlordnung halte er auch für nöthig und glaube ebenfalls, daß diese auf Grund des bestehenden Gesetzes im Wege der Verordnung erfolgen könne; wenn aber die Regierung Aenderungen vorzunehmen gedenke, so empfehle es sich, auch einmal an die Einführung von Wahlcouverts zu denken.

Abg. Gönner bringt ebenfalls einzelne Wünsche betreffend Gemeindewahlen zum Ausdruck und macht auf verschiedene Mißstände in dieser Beziehung aufmerksam.

Abg. Hug: Mit der Heidelberger Petition habe sich der letzte Landtag eingehend beschäftigt; dieselbe sei darauf gerichtet gewesen, die Gemeindebesteuerung in der Weise an die Staatsbesteuerung anzuschließen, daß die Umlagen nach einheitlichem Maßstab einen procentualen Zuschlag der Staatssteuern bilden. Die Petition sei von der Anschauung ausgegangen, daß der Nutzen der Gemeindeverwaltung allen steuerpflichtigen Einwohnern in gleichem Maß zu gut komme und es darum eine Forderung der Billigkeit sei, jeden steuerpflichtigen Einwohner nach Verhältniß seiner Leistungsfähigkeit, also nach den für die Staatsbesteuerung maßgebenden Grundsätzen zu den Gemeindelasten beizuziehen. Redner habe die Petition unterstützt, sie sei jedoch von anderer Seite bekämpft worden. Das Ziel der Petition sei unter den obwaltenden Verhältnissen nicht erreichbar, der Kommissionsbericht trete jedoch diesem Ziel insoferne um einen Schritt näher, als er den Vorschlag mache, bei dem Anschlag des ungedeckten Gemeindeaufwandes die Einkommensteueranschläge nicht im dreifachen, sondern im vierfachen Betrage zu Grunde zu legen. Redner weist an einem Beispiel nach, daß zur Zeit die Einkommensteueranschläge zur Staatssteuer etwa 4—5 Mal stärker beigezogen werden als zur Gemeindeumlage.

Abg. v. Buol will sich zum dritten Theil des vorliegenden Gemeinde- und Städteordnungsgesetzes nämlich zu der Frage der abgesonderten Gemarkungen (sog. Hofgüter) im Allgemeinen, speciell zu § 180, welcher den Kernpunkt der Frage bilde, aussprechen. Er sei mit dem Kommissionsantrag einverstanden; allein bei der tiefgreifenden Wirkung für die Betheiligten sei die Frage sicherlich auch einer öffentlichen Erörterung wohl werth. Bisher haben — wenn die Frage auch bestritten gewesen sei — wenigstens nach dem Wortlaut des Gesetzes (§ 3 Absatz 2 der Gemeindeordnung) Waldungen, einzelne Höfe und andere Güter, die keiner Ortsgemarkung angehörten, unter Einwilligung der Betheiligten mit anstoßenden Ortsgemarkungen unter Staatsgenehmigung verbunden werden können. Der Gesetzentwurf wollte diese Bestimmung dahin abändern, daß dies auch ohne Einwilligung der Betheiligten durch landesherrliche Entschließung dann geschehen könne, wenn das öffentliche Interesse es erfordere. Der Kommissionsbeschluß dagegen wolle „Staatsgenehmigung" hiezu nur dann genügen lassen, wenn die der Maßnahme Zustimmenden drei Viertel der in der Gemarkung zu Beiträgen beigezogenen Steuerkapitalien, einschließlich der Einkommensteueranschläge besitzen. Ohne solches Einverständniß der Betheiligten soll die Vereinigung nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen können, damit den Widerstrebenden Gelegenheit gegeben sei, ihre Gründe den Ständen gegenüber geltend zu machen und sie dort öffentlich erörtert zu sehen. Man sei hierbei übereinstimmend von der Auffassung ausgegangen, daß eine solche Zusammenlegung von Gebieten unter Umständen nicht nur im dringenden Interesse beider Theile liegen, sondern geradezu gebeten erscheinen könne, weßhalb es nicht gerechtfertigt sei, die Möglichkeit der Durchführung vom etwaigen Widerstand einiger oder gar einer Stimme abhängig zu machen, daß aber andererseits althergebrachte Zustände und wohlerworbener Rechte (soweit solche im öffentlichen Rechte anerkannt werden) die möglichste Schonung verdienten und daher thunlichste Garantie dafür geschaffen werden müsse, daß deren Alterirung nicht nur ohne dringendes Bedürfniß nicht geschehe, sondern daß selbst der Schein unnöthiger Beeinträchtigung vermieden werde. Es sei auch vorgeschlagen gewesen, verschiedene Bedingungen festzusetzen, je nachdem eine getrennte Gemarkung ganz in einer Gemeinde aufgehen oder blos als Nebengemeinde errichtet werden solle. Dieser Vorschlag habe indeß keinen Anklang gefunden, vielmehr habe man obige Bestimmung einstimmig für jede Art der Aufhebung der Selbstständigkeit einer Niederlassung oder eines Areals als zweckmäßig erachtet, weßhalb er solche zur Annahme empfehle.

Staatsrath Eisenlohr überläßt die Entscheidung über diesen Punkt vollständig dem Haus, obgleich er eine gesetzliche Regelung nicht für nothwendig hält.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion bemerkt zu Artikel 1

Abg. Rapp, daß bei allen diesen Gesetzgebungsarbeiten in den letzten Jahren der Bürgernutzen nicht gerade eine besondere Berücksichtigung resp. Schonung gefunden habe. Das sei erfreulicher Weise nicht auch in dieser Vorlage der Fall. In schönen Worten habe man jeweils die hohe Bedeutung des Bürgernutzens hervorgehoben, immer mehr denselben aber beschnitten, insbesondere auch dadurch, daß er zur Besteuerung herangezogen wurde. In der ersten Gemeindegesetzgebung vom Jahre 1835 habe man den Bürgernutzen absichtlich geschont; erst im Jahre 1869 sei davon Abstand genommen worden, indem er zur Hälfte und noch weiter besteuert wurde. In Gemeinden mit hohen Umlagen wurde insbesondere der Almend zur Deckung der Ausgaben benützt. So lange diese Gesetzgebung bestehe, verstummten die Klagen nicht. Am meisten sei jedoch der Bürgernutzen durch die Gemeindeordnungsnovelle vom Jahre 1890 beschnitten worden; die so mißlichen Verhältnisse lägen in großer Menge in seinem Wahlkreise vor, weßhalb er es für seine Pflicht halte, die Sache zur Sprache zu bringen, aber auch andere Kreise und namentlich die landwirthschaftlichen Volksklassen würden davon betroffen. Er bitte die Regierung, den Bürgernutzen zu erhalten und freue sich, daß in diesem Gesetz, das ihn von der Besteuerung einigermaßen entlaste, der Anfang zur Besserung gemacht wird.

Abg. Gerber betont ebenfalls den hohen Werth des Bürgernutzens, der auch eine Art Wittwenversorgung bilde und gar mancher armen Wittwe die einzige Existenz bilde. Eine Besteuerung falle dieser sehr schwer. Irrthümlicherweise betrachte die Kommission den Bürgernutzen als volles Gemeindevermögen; das sei falsch, allein es sei ein Unterschied; der Bürgernutzen ist Eigenthum des Bürgers, nur dürfe er es nicht verkaufen und es dürfe ihm nicht genommen werden, mit anderen Worten: er sei ein beschränktes Bürgereigenthum. Die gegenwärtige Vorlage bringe zwar eine Erleichterung, denn der Bürgernutzen werde immer noch zu hoch besteuert. Dagegen sei zu befürchten, daß nunmehr die Umlagen in's Unermeßliche steigen, da kein Riegel mehr vorgeschoben sei. Natürlich käme die Kapitalrentensteuer dabei nicht in Betracht; er bitte deßhalb um Beibehaltung des Absatz 5 des § 70.

Abg. Heimburger schließt sich den klaren und sachkundigen Ausführungen des Abg. Rapp an und bittet um Schonung des Bürgernutzens.

Artikel 1 wird genehmigt.

Zu Artikel 2, welcher lautet: „Von dem Kapitalrentensteuerkapital dürfen höchstens 8,8 Pf. von 100 Mark erhoben, die Diensteinkommen, Ruhe- und Sustentationsgehalte der öffentlichen Diener des Reiches, des Staates (einschließlich der Volksschullehrer), des Großherzoglichen Hofes und der Gemeinden, der Geistlichen, sowie die entsprechenden Bezüge ihrer Wittwen und Waisen zur Gemeindebesteuerung höchstens mit einer Umlage von 2 Mk. 50 Pf. von 100 Mk. des staatlichen Einkommensteueranschlags belastet werden", stellt

Abg. Hug u. Gen. folgenden Zusatzantrag:

„Vom 1. Januar 1893 an dürfen von dem Kapitalrentensteuerkapital höchstens 9 Pf. vom Hundert Mark erhoben werden."

Zur Begründung des Antrags führt

Abg. Hug aus: Im Einverständniß mit den im Kommissionsbericht entwickelten Anschauungen halte er aus steuertechnischen Gründen eine Aenderung des Maximalbetrags der Umlage aus den Rentensteuerkapitalien in der Weise für wünschenswerth, daß statt der Bruchzahl von 8,8 Pf. die volle Zahl von 9 Pf. zur Anwendung gebracht werde. Nach dem Kommissionsbericht sei diese Aenderung bis jetzt unterlassen worden, weil inzwischen die Gemeindeveranschläge für das Jahr 1892 aufgestellt werden mußten und die Regierung Bedenken getragen habe von dem seitherigen Maximum des Umlagefußes von 8,8 Pfg. abzuweichen. Wenn auch für das Jahr 1892 eine Aenderung nicht mehr möglich sei, so scheine ihm eine solche doch für das Jahr 1893 und die folgenden Jahre, bis eine definitive Revision der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Gemeindebesteuerung erfolge, geboten. Der Zusatzantrag erhöhe das Maximum des Umlagefußes um 0,2 Pfg., was für sämmtliche Rentensteuerkapitalien des Landes mit 1400 Millionen Mark eine Summe von 24,000 Mark ausmache. Diese Summe repräsentire keine neue Belastung, sondern nur eine gerechtere Vertheilung der bestehenden Gemeindelasten in dem Sinn, daß die Rentensteuerpflichtigen um die bezeichnete Summe höher zur Gemeindeumlage beigezogen und dagegen die übrigen Steuerpflichtigen um die gleiche Summe erleichtert würden. Diese Wirkung mache sich jedoch nicht in vollem Umfange geltend, da in manchen Gemeinden gar keine Umlage und in anderen eine solche unter 30 Pfg. erhoben werde. Außer den steuertechnischen Gründen sprechen für den Antrag auch noch innere Gründe, indem das Gesetz über die Kapitalrentensteuer auf rationeller Grundlage beruhe und die nach Maßgabe derselben gebildeten Rentensteuerkapitalien die Leistungsfähigkeit des Pflichtigen in angemessener Weise zum Ausdruck bringen. Selbstverständlich soll durch den Zusatzantrag kein Präjudiz geschaffen werden für die bevorstehende Revision der Gemeindesteuergesetzgebung.

Staatsrath Eisenlohr kann dem Antrag nicht beitreten, weil sich die Regierung gegen jede Erhöhung der Kapitalrentensteuer principiell ausgesprochen habe und bittet deßhalb um Ablehnung.

Abg. Rau steht dem Antrag Hug sympathisch gegenüber, wird aber nach der Erklärung des Ministers dagegen stimmen müssen.

Der Antrag Hug wird abgelehnt; der Kommissionsvorschlag angenommen; ebenso erfolgt die Annahme sämmtlicher noch übrigen Paragraphen debattelos; darauf das ganze Gesetz in namentlicher Abstimmung.

Schluß 1¼ Uhr.

Nächste Sitzung Montag, den 25. April, Vormittags 11 Uhr. Petitionen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. April. Die Energie, mit der die „Nordd. Allgem. Ztg." gestern offiziös dementirt hat, daß Deutschland die Initiative zu einer handelspolitischen Annäherung an Rußland ergriffen habe, hat vielfach den Eindruck hervorgerufen, daß es sich jetzt nur noch um einen Streit über die Initiative handle und daß nicht mehr bestritten werden solle, daß eine solche Seitens Rußlands vielleicht bevorstehe. Der Schluß des Dementis, die lebhafte Versicherung, daß der deutsche Konventionaltarif nur gegen gleichwerthige tarifarische Konzessionen und gegen Verzicht auf systematische Beschränkungen des deutschen Exports nach Rußland zu haben ist, macht ganz den Eindruck einer Antwort auf eine Frage, die man von Rußland in nächster Zeit erwartet.

Posen, 9. April. Die Attentäter gegen den Dekan Poninski trugen rothe Schärpen um den Leib. Bei den Leichen wurden rothe Karten mit polnischer Inschrift gefunden, lautend: „Das Exekutivkomitee der polnischen Anarchisten quittirt." Auch ein Siegel mit gleicher Inschrift sowie Briefhüllen mit Trauerrand wurden gefunden. Die vier erschossenen Räuber hatten jeder zwei Revolver bei sich, sowie ein Verzeichniß sämmtlicher Geistlichen der Diözese Posen-Gnesen. Poninski erhielt einen Revolverschuß in den Kopf, zwei Schüsse in den Rücken, einen Schuß in die Hand. Die Verletzungen sind alle nicht lebensgefährlich.

Paris, 9. April. Infolge der Ankündigung des Kabinets in Washington, daß es Artikel III der Mac Kinleybill auf Frankreich anwenden werde, legte der Handelsminister in der Zollkommission einen Gesetzentwurf vor behufs Ausdehnung des Minimaltarifs auf eine Anzahl von Urprodukten der Vereinigten Staaten, ausgenommen Kaffee. Die Zollkommission nahm die Vorlage einstimmig an.

London, 9. April. Dem Reuter'schen Bureau wird aus Singapore gemeldet, daß nach daselbst aus Pekan eingetroffenen Nachrichten die Beamten Stewart und Harris der im Staate Pahang thätigen Exploration-gesellschaft durch Malayen aus dem Innern des Landes ermordet worden seien. Pekan selbst erscheine gleichfalls von den Malayen bedroht. Die dort wohnenden Europäer hegten die ernstesten Besorgnisse.

Petersburg, 9. April. Wyschnegradsky zeigte sich bereits sehr abgespannt. Trotzdem ist er gestern in Begleitung des Dr. Bartels und Geheimrath Nobels zum Vortrag nach Gatschina gefahren, daselbst aber schwer erkrankt. Es ist dies die Folge starker Ueberanstrengung und Ueberarbeitung. Die Aerzte verlangen dringend eine Erholungspause für den Minister.

Kairo, 9. April. Der Khedive empfing eine Depesche des Sultans, welche ihm die Verwaltung der Halbinsel Sinai zugesteht. Der durch den Text des Firmans geschaffene Zwischenfall wird danach als erledigt betrachtet. Der Tag der Verlesung des Firmans ist indessen noch nicht festgesetzt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Lokales.

Karlsruhe, 9. April.

* **Großh. Hoftheater.** Ein gefangener Lapsus ist durch einen Zufall in unserem gestrigen Bericht über die Aufführung des Einakters „Das Recht des Liebenden“ entstanden. In demselben heißt es nämlich: „Ein ehemaliger Bewerber um die Hand der Dame kommt zu Besuch, ergreift Partei für die vormals so heiß Geliebte und erschießt im Streit die „wilde Bestie“ von Ehegatten.“ Der Satz ist verstümmelt und muß folgendermaßen lauten: „Ein ehemaliger Bewerber um die Hand der Dame kommt zu Besuch, ergreift Partei für die vormals so heiß Geliebte, schießt im Streit auf die „wilde Bestie“ von Ehemann, tödtet aber durch den Schuß die unglückliche Gattin.“

Mittheilungen aus der Stadtrathssitzung vom 8. April. Nach dem von der Schlachthausverwaltung gefertigten Fleischbeschaubericht wurden im Jahre 1891 im städt. Schlachthaus geschlachtet: a. Großvieh: 2993 Ochsen, 3710 Kühe, 2529 Rinder und 1344 Farren, zusammen 9576 Stück gegen 10,283 im Vorjahr; b. Kleinvieh: 16,889 Kälber, 1796 Hämmel und Ziegen, 25,390 Schweine und 1125 Ferkel und Kitzlein, zusammen 45,190 Stück gegen 40,429 Stück im Vorjahr; c. Pferde 345 Stück gegen 292 im Vorjahr. Der gesammte Fleischkonsum ist zu 4,911,118 Kilgr. berechnet, was bei Annahme einer Einwohnerzahl von 73,500 einen Verbrauch von 67 Kilgr. für den Kopf und das Jahr ergibt. Durchschnittliche Fleischpreise wurden pro Kilo Schlachtgewicht bezahlt von: Ochsen 1,41 Mk., Rindern 1,32 Mk., Schweinen 1,10 Mk., Kälbern 1,44 Mk. und Schafen 1,26 Mk. — Die Bauarbeiten für das Feuerwachtlokal werden wie folgt vergeben: Maurerarbeit an St. Billing, Steinhauerarbeit an K. Willet, Zimmerarbeit an L. Hölzer, Schreinerarbeit an C. Kärner, Glaserarbeit an K. Väder, Schlosserarbeit an J. Bier, Blechnerarbeit an A. Stegmaier, Anstreicherarbeit an K. Oberle. — Die beim Bau eines Erheberhäuschens am Durlacherthor erforderliche Steinhauerarbeit erhält übertragen und zwar für rothe Steine B. Kirchenbauer, für helle Steine Beisel und Detling in Mühlbach. — Schutzmann Becker hat die Thäter entdeckt, welche im Sallenwäldchen Bänke und Einfriedigungen zerstört hatten. Es wird dem Genannten eine Belohnung aus der Stadtkasse zuerkannt. — Nach einem Erlaß des Großh. Finanzministeriums wird der Stadtgemeinde die Miethe des alten Vorrathsgebäudes auf April 1893 gekündigt, da das Gebäude zur Unterbringung von Staatsstellen verwendet werden soll. — Ueber den Beizug der Angrenzer an die Gerwigstraße, Strecke zwischen Georg Friedrich- und Sternbergstraße, Strecke nördlich des Schafgrabens, zu den Kanal- und Straßenherstellungskosten, sollen vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses Ortsstatute erlassen werden. — Einer von der Direktion der Gas- und Wasserwerke neu erlassenen Arbeitsordnung wird die Zustimmung ertheilt. — Der Firma Rietschel und Henneberg in Berlin wird die probeweise Aufstellung eines Kafillbedesinfektors (Apparat zur geruchlosen Eintrocknung verdorbenen und unbrauchbaren Fleisches) im Schlacht- und Viehhof gestattet.

= Auf der Kaiserstraße erregten gestern Abend die Schaufenster des **Hamburger Engros-Lagers** durch ihre brillante elektrische Beleuchtung das Aufsehen des Publikums. Die Passanten sammelten sich vor dem Geschäft, um das helle Licht und die in seinem Scheine ausgestellten Waaren in genaueren Augenschein zu nehmen. Der neue Besitzer, Max Michelsohn, der das früher von Hohenrhein geführte Lager übernommen hat, scheint sehr rührig zu sein.

Handel und Verkehr.

Bremen, 8. April. (Petroleum.) Raff. Standard white l. 5,95. — Schmalz 35.—. — Baumwolle fest. Upland middling loco 35.50, desgl. l. Basis middling per April 36.—, per Mai 36.25.

Hamburg, 8. April. Kaffee good aver. Santos per April 63¹/₄, per Mai 63¹/₄, per Juni 62¹/₄, per Juli 61³/₄, per August 61¹/₄, per September 61¹/₄, per Oktober 60¹/₂, per November 60³/₄, per Dezember 60.—, per Januar 59¹/₄, per Februar 59³/₄. — Rübenzucker: 1. Produkt Basis 88⁰/₀ Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per April 13.47¹/₂, per Mai 13.62¹/₂, per Aug. 13.05, per Oktober 12.82¹/₂.

Antwerpen, 8. April. Petroleum. Raff. disp. 14.—, per April 13⁷/₈, per Mai 13⁷/₈, vier letzte Monate 14¹/₄. — Häute 1806 Stück verkauft. — Wolle 85 B. verkauft. — Rübenzucker disponible per April 34.—, per Juni-Juli-Aug. 34³/₄, drei letzte Monate 31¹/₄. — Schmalz (Wilcox) 80¹/₂—81—.

Antwerpen, 8. April. (Getreidemarkt.) Weizen amerik. 18¹/₄—20³/₄.

Antwerpen, 8. April. Kaffee. Santos good aver. April 86.50, per Mai 84.50, per September 80.—, per Dezember 79.25.

Konkurse. Heinrich Mayer, Bäcker in Karlsruhe, Eröffnungstermin 4. April, Anmeldefristablauf 29. April, 1. Gläubigerversammlung 6. Mai, Prüfungstermin 6. Mai. — Theodor Link, Kaufmann in Aglasterhausen, Amt Mosbach, 4. April, 15. Mai, 29. April, 30. Mai. — Karl Heintz, Wittwe, Elisabeth, geb. Kaltschmitt, in Heidelberg, 2. April, 9. Mai, 30. April, 20. Mai. — † Dr. Wilhelm Röder, Augenarzt in Heidelberg, 5. April, 6. Mai, 6. Mai, 20. Mai.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebote: 7. April. Karl Behrens von Hinterzarten, Vizefeldwebel hier, mit Maria Zimmermann von Eisenach. — 8. April. Oskar Mainzer von Lauterthal, Oberkellner hier, mit Maria Hurrle von Gaggenau. — Josef Oswald von Münchweier, Metzger hier, mit Anna Kuhmann von Untergrombach. — Andreas Bauer von Jaffenhausen, Friseur hier, mit Theresia Schönbein von Klepsau. — Louis Gustabel von Pinache, Bierbrauer hier, mit Anna Spatz von Damm.

Geburten: 4. April. Friedrich Wilhelm, Vater Ignaz Oberle, Taglöhner. — 5. April. Hans, Vater Hans Mader, Bandagist. — Rosa Johanna, Vater Ernst Eichin, Dienstmann. — Otto, Vater Josef Feil, Schneider. — 6. April. Franz Valentin, Vater Valentin Weber, Hausmeister.

Todesfälle: 6. April. Josef Maisch, Maurer, ein Wittwer, alt 49 Jahre. — 7. April. Elisabetha Kunn, alt 81 Jahre, Wittwe des Kammmachers Friedrich Kunn. — 8. April. Josefa Nagler, alt 80 Jahre, Wittwe des Lehrers Karl Nagler.

Auswärtige Todesfälle.

Brombach: Elisabetha Sütterlin, geb. Schöfflin, 92 J.
Konstanz: Ferdinand Freberle.
Lahr: Friedrich Gerhard, 27 J.
Ueberlingen: Karl Hufschmid, Hauptlehrer a. D.

Bekanntmachungen, Versteigerungen 2c.

Bekanntmachung. Die Stelle eines Hilfsfeldhüters, welcher eine Tagesgebühr von 2 Mark zugesichert wird, ist zu besetzen. Körperlich rüstige und gut beleumundete Bewerber haben sich innerhalb 6 Tagen dahier zu melden. Ettlingen, 5. April 1892. Der Gemeinderath.

Holzversteigerung. Die Gemeinde Pfaffenroth, A. Ettlingen, versteigert aus ihrem Gemeindewald mit Borgfrist bis 1. Oktober d. Js.: 169 eichene Bau- und Nutzholzstämme, 18 buchene Nutzholzstämme, 219 fichtene, 27 forlene und 24 lärchene Bau- und Nutzholzstämme, 139 fichtene und lärchene Bau- und Hopfenstangen, 30 Pfähle und 71 Stück Wagnerstangen. Die Zusammenkunft ist am genannten Tag Vormittags 9 Uhr beim Rathhaus in Pfaffenroth.

Nutz- und Brennholzversteigerung. Die Gemeinde Sulzbach, Amt Ettlingen, versteigert in ihrem Gemeindewald am Montag, den 11. April, Vormittags 9 Uhr anfangend: 48 Stämme Rothbuchen von 3 Festmeter abwärts, 8 Forlenstämme, 49 Stück fichtene Bauholz- und Gerüststangen, 3 Kirschbäume, 19 Stück Bau- und Wagnereichen und 18 Erlen. Am Dienstag, den 12. April, Vormittags 8 Uhr: 48 Ster buchenes, 21 Ster birken, 21 Ster eichen, 12 Ster gemischtes Prügelholz, 2000 buchene, 50 birkene und 50 Stück gemischte Wellen. Zusammenkunft beim Rathhaus.

Radfahrer-Sport.

Radfahrer-Anzüge in Tricot u. Cheviot, Sports-Hemden in Flanell und Halbseide, Mützen u. Strümpfe, Laternen, Glocken, Peitschen, diverse Brenn- u. Schmieröl, offen u. in Flacons, sowie sämmtliche Ersatzgummireifen empfiehlt zu billigen Preisen. 3.1

Aug. Mappes,
Nähmaschinen- und Fahrrad-Lager.

Eis. Gartenmöbel

für Herrschafts-, Hotels- und Wirthschaftsgärten in bekannter feiner und solider Arbeit. Billige starke Wirthschaftsstühle.

Wilh. Wolf, Bühl i. Bad. 4.4
Zeichn. u. Preisl. auf Verl. sofort.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Mit Heutigem übernimmt Herr Johann Grüniner den Wirthschaftsbetrieb im Arbeiterheim zur Burg Zähringen, wovon wir unsere verehrlichen Mitglieder geziemend in Kenntniß setzen.

Der Vorstand: Kaiser.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Heute, Sonntag, 10. April, von 11—1 Uhr im Sängerlokal Auflage und Ausgabe neuer Mitgliedkarten.

Am Gründonnerstag und Charfreitag, jeweils von 1—4 Uhr Auflage und Ausgabe der neuen Karten. Die Mitglieder werden dringend gebeten, an diesen Tagen ihre Karten zu holen.

Der Kassier: Josef Schneth.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, den 10. April. Außer Abonnement. Zum Besten der Pensionsanstalt des Großh. Hoftheaters: **Come et.** Unter gefälliger Mitwirkung des Philharmonischen Vereins: **Christus am Oelberg.** Oratorium für Soli, Chor und Orchester (Op. 85) von L. van Beethoven. 9. Neunte Symphonie mit Schlußchor über Schiller's Ode „An die Freude“ (D-moll, Op. 125) von L. van Beethoven. Anfang ½8 Uhr.

Zu
Oster- und Erstcommunion-Geschenke
empfehle mein **reichhaltiges Lager** von
Schmuck-Gegenständen, Galanterie-Waaren
jeder Art.

Friedrich Blos,
Großherzogl. Hoflieferant,
F. Wolff & Sohn's Détail.

Hierdurch die ergebenste Mittheilung, daß die
Neuheiten der Frühjahrs- und Sommer-Saison
in
Damenkleider-Stoffen,
als:
Schwarzen Seidenstoffen, glatt und gemustert,
Schwarzen und farbigen Wollstoffen,
Acht englischen Costümestoffen,
Bedruckten Woll-Flanellen und Batisten, zu Morgenkleidern, Blousen und Kinderkleidern,
Lawn-Tennis-Stoffen,
Bedruckten Woll-Mousselins und Crêpe u. s. w.,
in überaus großer Auswahl eingetroffen sind. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch die feinen Costümestoffe mit dem **gleichen bescheidenen** Nutzen wie die übrigen Artikel zum Verkaufe aufgelegt sind.

Wilh. Boländer, 2.1
Kaiserstraße 121, nahe der Adlerstraße,
Tuch-Lager, Damen-Kleiderstoffe u. Ausstattungsartikel.

Für Erst-Kommunikanten
empfehle:

Für Mädchen:		Für Knaben:	
Gestickte Taschentücher,	Mk. —.20,	**Oberhemden,** weiß	Mk. 1.75,
Handschuhe, weiß	„ —.20,	**Unterhosen**	„ —.80,
Corsetten	„ —.70,	**Kragen,** gute Qual.	„ —.15,
Hosen mit Stickerei	„ 1.—,	**Taschentücher,** weiß	„ —.20,
Perlmutterknöpfe, gute Qualität, das Dutz.	Mk. —.10,	**Cravatten**	„ —.10,
Unterröcke, Umschlagtücher und **Pelerinen, seidene Schälchen, Kragen, Spitzen, Stickereien.**		**Socken,**	
		Hosenträger.	

Kopfkränze, Kerzenkränze, Kerzensträußchen, Kerzentücher, Kerzenbänder.

Wilh. Rupp,
Kaiserstraße 133,
zwischen Marktplatz und kleiner Kirche.

Ich biete die größte Auswahl **garnirter**
Damen- und Kinder-Hüte
von den einfachsten bis zu den feinsten zu den stets bekannt billigen Preisen.

E. Rosenbusch, 2.1
Damenhut-Geschäft,
50 Kaiserstrasse 50.

Samstag und Sonntag, den 9. und 10. April, Abends,
elektrische Beleuchtung
meines Schaufensters und Lokals.
Selbstbetrieb durch meinen eigens dafür angelegten Motor.
Hamburger Engros-Lager
Max Michelsohn,
Kaiserstraße 167.

Fortsetzung des Ausverkaufs.

Wegen baldigem Umzug in meinen Neubau **Kaiserstraße 101/103** verkaufe ich, um mit meinem großen Lager zu räumen, **sämmtliche**
Manufakturwaaren und Aussteuer-Artikel
zu bedeutend ermäßigten Preisen,
darunter auch alle
Neuheiten in Damenkleiderstoffen, Buckskin u. s. w.

Christ. Oertel,
Manufakturwaaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft,
Kronenstrasse 25. Filiale: Werderstraße 48.
Muster stehen gerne zu Diensten.
Uebernahme ganzer Aussteuern. 2.1

Ständige Ausstellung von Betten jeder Art und Preislage.
Betten-Fabrik
und Ausstattungsgeschäft
J. STÜBER,
Hoflieferant Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs,
KARLSRUHE.
Importirte englische Bettstellen.
Schlafzimmer-Einrichtungen. — Braut-Ausstattungen.
Neue Preisliste für Betten gratis und franko. 2.9

Die Vogelhandlung
Kaiser-Passage 44
empfiehlt:
rothe und graue Kardinäle, Nymphensittiche, blaue Hüttensänger, Sonnenvögel, Sperlingspapageien, Zwergpapageien, weiß- u. schwarzköpfige Nonnen, weiße u. graue Reisfinken, Helenafasänchen, Elsterchen, Bandfinken, Muscatfinken, Kanarienhähne u. Hennen, blaustirnige Amazonen-Papageien, gut sprechend, Tyroler Alpenstieglitze, weiße Lachtauben, Goldfische sowie alle Arten Vogelfutter. 10.9

Hochachtungsvoll
H. Fuchs.

Gelegenheitskauf!
Einige Hundert
Knaben- und Jünglings-Anzüge
verkaufen, so lange Vorrath,
zu Mk. 4.—, 5.—, 6.—, 7.—, 8.—, 10—20,
reeller Werth das Doppelte.
Spiegel & Wels,
Kaiserstraße 76, Marktplatz.

Das Weißeln
von Küchen- und Zimmer-Plafonds 2c. wird billig und gut ausgeführt von **Ph. Müller,** Bahnhofstraße 34, im 2. Stock des Seitenbaues. Ebendaselbst ist ein großer Pritschenwagen zum Ausziehen herzuleihen.

Lehrstelle
offen, in meinem **Manufakturwaarengeschäft** unter günstigen Bedingungen. 3.2
Wilh. Boländer.

Empfehle ab Schiff
Ruhrkohlen,
wie: **Fettschrot, Nusskohlen** 2c., in vorzüglicher Qualität zu billigsten Preisen. 2.2
Friedrich Kiefer,
Philipp Homberg's Nachfolger,
Linkenheimerstrasse 15, Eing. Bismarckstrasse.

Kaiser-Panorama.
99 Kaiserstraße 99.
Täglich geöffnet von 10 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.
Eintrittspreis 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
Abonnements 5 Reisen Mk. 1.—.
Vom 10. bis mit 23. April:
Oberammergau
mit Umgebung
und die Passionsspiele 1890.

MENZER's Reiseflaschen mit Griechischem Wein und mit Cognac

— Reisende Geschenke zu allen Gelegenheiten. — Praktisch für Reisende, Touristen und Jäger.

Post-Kistchen mit 6 runden Reiseflaschen (Taschenformat) für Mark 6.— franco.

Bitte verlangen Sie die ausführliche Preisliste auch über deutsche und französiche Weine von J. F. MENZER, Neckargemünd.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 4 Uhr starb in Folge eines Schlaganfalles der Hochwürdige Herr

Thomas Speidel,
resignirter Pfarrer
von Dettensee.

Die Beerdigung ist künftigen Montag, Vormittags 9 Uhr, von der Leichenhalle aus. Das Seelenamt ist am Montag um halb 11 Uhr.

Karlsruhe, den 9. April 1892.

J. Benz, Dekan.

Für Schulen!

Verlag von Ernst Kaufmann in Lahr:

Kurgefaßte Geographie von Baden nebst Abriß der deutschen Geschichte zur Uebung im Lesen verschied. Handschriften, von Fr. Hebting. Zweite Auflage. Preis 45 Pf.

Dieses praktisch bewährte und empfohlene Büchlein wird in vielen Schulen mit gutem Erfolg benützt. —

Ferner sind vorrätig:

Systematisch linirte Uebungshefte. 16 Nummern deutsch, englisch, rund, mit Vorschriften auf jeder Seite. —

Entlassungsscheine für Volks- und Fortbildungs-Schulen in mehreren Sorten. Probe-Exemplare gratis. —

Liebfrauenkirche.

Von Dienstag, den 5. April, bis Palmsonntag einschließlich, jeden Abend 8¼ Uhr:

Religiöse Vorträge

für katholische Männer aller Stände, gehalten von Herrn Professor Dr. Hardy aus Freiburg.

Eingang durch das rechte Seiten-Portal.

Großherzoglich Badische Baugewerkeschule
Karlsruhe.

I. Abtheilung für Bautechniker.
(Vorbereitung zur staatlichen Werkmeister-Prüfung.)
II. Abtheilung für Maschinentechniker.
III. Abtheilung zur Heranbildung von Gewerbelehrern.

Beginn des Sommersemesters Freitag, den 22. April. Anmeldungen jederzeit schriftlich. Schulgeld 30 Mark. Kost, Logis, Bedienung in Privathäusern 200 bis 230 Mark. Programm gratis.

3,2 Die Direktion: Kircher.

Schwefelbad
Langenbrücken.

Station zwischen Heidelberg und Karlsruhe.
Eröffnung am 20. Mai.

Näheres durch Prospecte. 2,1

Dr. Ziegelmeyer, Badearzt. K. Sigel, Eigenthümer.

Lokalwechsel.

Mein Geschäftslokal befindet sich jetzt

Kriegstraße 40, nächst der Kreuzstraße,
gegenüber dem Hauptbahnhof.

Zugleich bringe mein reich ausgestattetes

Uhren-Lager

in empfehlende Erinnerung. 5,4

Os. Schneider, Uhrmacher.

Kneipp'sche Wassercur.

J. Kaiser, pract. Arzt,
Rastenaffelstrasse 15, part., direct neben dem Kaiserpalast,
Strassburg i. E. 12,4

Rathskeller.

Einem p. p. Publikum empfehle meinen neu hergerichteten, als Wein-Restaurant eröffneten und unter meiner eigenen Regie stehenden Rathskeller auf's Beste.

Täglich reichhaltige Frühstücks- und Abendkarte, reine Pfälzer, Rhein- und Moselweine.

Als Specialität empfehle auserlesene Markgräfler von F. Blankenhorn, das ½ Liter von 30 und 25 Pfg. an.

Fritz Bauer,
Inhaber Café Bauer.

Wirthschaftseröffnung und Empfehlung.

Einem tit. Publikum mache hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich mit dem Heutigen den Wirthschaftsbetrieb im katholischen Arbeiterheim

zur Burg Zähringen, Marienstrasse 16,

in vollem Umfange übernommen habe. Ich werde mir angelegen sein lassen, meine werthen Gäste durch Ausschank ff. Freih. v. Seldeneck'schen Bieres und Verabreichung guter Speisen zur Zufriedenheit zu bedienen.

Achtungsvoll

Johann Grüttner.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von Künstlern I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =
Alles Näheres durch die Wochenzettel.

6 In der Charwoche findet keine Vorstellung statt.
Erste Vorstellung wieder am Oster-Montag mit ganz neuen Künstlern.

Gottesdienst.

Palmsonntag.
Sonntag, den 10. April 1892.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.
6½ Uhr Frühmesse
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst.
9½ Uhr Palmweihe; nachher Hochamt.
11½ Uhr Kindergottesdienst.
5 Uhr Festpredigt; nachher Stationsandacht.

Beichtgelegenheit am Samstag von halb 6 Uhr an. An Werktagen Morgens 6 Uhr und Abends 5 Uhr.

Kollekte für die Väter vom hl. Grab in Jerusalem.

Liebfrauenkirche.
6½ Uhr Frühmesse.
7 Uhr hl. Messe mit Generalkommunion der Männer.
8½ Uhr Kindergottesdienst.
9½ Uhr Palmweihe mit Prozession und Hochamt.
5 Uhr Festpredigt mit Andacht: Hochwürdigst Brettle.
8½ Uhr Schluß der religiösen Vorträge für katholische Männer: Herr Professor Dr. Hardy.

Beichtgelegenheit: Samstag von 3 Uhr an; Abends von 7½ Uhr an nur für Männer; Sonntag von 5 Uhr an.

St. Peter- und Paulskirche
(Stadttheil Mühlburg).
Früh ½7 und ½8 Uhr Austheilung der heiligen Kommunion.
2 Uhr Christenlehre und Herz-Jesu-Andacht.

Ettlingen.

6 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Schülergottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst.
1½ Uhr Christenlehre für die Knaben.
2 Uhr Stationsandacht.
5 Uhr Festpredigt mit Segen.

Beichtgelegenheit: Samstag Mittags von 3—7 und Abends von 8—10 Uhr; Sonntags vom früh 5 Uhr an.

Lehrstellegesuch.

Für einen jungen Menschen, der Lust hat, die Schlosserei gründlich zu erlernen, wird bei einem tüchtigen katholischen Meister in Karlsruhe eine Lehrstelle gesucht. Offerten unter Nr. 85 sind bei der Expedition dieses Blattes abzugeben. 2,2

Kaufm. Lehrstelle

findet ein junger Mann mit guter Schulbildung auf Ostern oder 1. Mai. Kost und Wohnung im Hause. 2,2

J. Kuef Sohn,
Colonialwaaren en gros, Freiburg i. B.

Notirungen nach dem öffentlichen Börsen-Kursblatt des Wechselmakler-Syndikats zu Frankfurt a. M. vom 8. April 1892

Staatspapiere.

a. Deutsche:

4 % Deut. Reichs-Anl. M.	106.80 – 70
3½ „ versch. „ „	99.90—86
3 % Reichsanleihe	85.90
4 „ „ Pr. con. St.-A. „	106.70
3½ „ Pr. St.-Schuld-Sch. B.	100 —
3½ „ ver. v. Frkf. St.-Ob. S.	99.10
3 „ „ „ „ „	—
4 „ „ v. Nass. St.-Ob. „	—
4 „ Bad. St.-Ob. „	102.30
4 „ „ „ M.	104.30
4 „ Bad. St.-Ob. v. 1886 „	104—105.90
4 „ Bayer. Ab.-R. S.	102.60
4 „ „ „ M.	106.50—40
3½ „ Braunschw. Obl. R.	98.—
3 „ Elsass-Lothr. Rte. M.	96.—
3½ „ Hamburg St.-Rte „	97.50
3½ „ do. Ob. (amrt.) 1887 „	96.60 40
3 „ do „ „ 1886 „	84.40—30
4 „ Gr. Hess. St.-Rte. „	104.80 90
4 „ do. Cultur-R. „	—
4 „ versch. do. „	105.90
4 „ Lüb. St.-Ob. 1878 „	—
3 „ Sächsische Rte. R.	86.30
4 „ „ Wert. Ob. 1879 „	—
4 „ „ do. 1875/80 „	104—103.90
4 „ „ do. 1881/83 „	105.10
4 „ „ do. 1885/87 „	104.80—70
3½ „ „ do. (86u.89) S.	99.80—30

b. Ausländische:

3½ % Belgische Obl. Fr.	102.20
4 „ Finnl. St. E. Ob. 82 M.	95.—
4 „ do. 1884 „	91.—
3½ „ do. 1889 „	85.—
4½ „ Französ. Rente Fr.	106.10
5 „ Griech. E.-B.-A. v. 90	57.—
4 „ Gr. Anl. (20r 79, 80) L.	—
3½ „ Holländ. Obl. h. fl.	99.50
5 „ Ital. Rte. (Kl.) Lr.	83.90
4 „ Luxemburger Ob. F.	—
4 „ do. R.	—
3½ „ Norweg. 86 M.	—
4 „ Oester. Gold-Rte. fl.	98.50—40
4 „ „ St. Sch. O. Eis. „	98.40
5½ „ „ E. B. St. O. F. J. „	102.40
3½ „ „ (Lins-Budw.) „	93.50
5 „ „ (Gisela) „	99.—
5 „ „ (Vorarlb.) „	—
4½ „ „ (Cr. Rudolf) „	80.50
4½ „ „ Silberrente „	80.70
4½ „ „ Pap.-, Febr. „	
4½ „ „ Mai „	81.6—5
4½ „ Portug. Staatsanl. M.	38.70
3 „ do. Anl. L.	26.80—27
4 „ Rumän. Obl. Kl. M.	97.90—80
5 „ do. Amor. R. (Kl.) „	82.70—60
6 „ Russ. Goldanl. Rbl.	103.50
5 „ „ II. Orient PR.	66.50—20
5 „ „ III. „ „	66.50 20
4 „ „ In. Anl. 1887 „	—
4½ „ „ Cons. 1873 L.	—
4 „ „ „ 1880 Rbl.	92.80
4 „ „ Goldanl. 1889 „	—
4 „ „ C. R. A. 80, I, II „	93.70
4 „ „ Schwed. Obl. M.	103.102 90
3½ „ „ do. „	94.—
5 „ „ do. „	94.50
3½ „ Schweiz. Obl. Fr.	101.40—50
5 „ Serb. amort. G.-R. L.	80.50
5 „ do. 1885 (Tab. R.) „	80.20
5 „ do. St. E. B.-H.-O. „	81.60
4 „ Span. ausl. P.	69.70
5 „ Türk. Dof. Obl. 1877 „	—
4½ „ do. Egy. Trib. 1871 „	95.50
5 „ do. Zoll „	89.40
5 „ do. m. Spec-Pan. „	87.—
1 „ do. conv. L. C. & D. „	19.75—80
4 „ Ung. Goldr. 5fl.	95.10
4 „ „ 100r 100r „	95.60
4½ „ „ Eb.-A. 1889 Gld.	102.50—40
4½ „ „ gr. Stb. 1889 5fl.	88.—
5 „ „ Papier-Rente „	87.70—60
5 „ „ Ver. E. B. (Ia.) „	—
4½ „ „ Inv.-Al. 1888 „	1.1.50
4 „ „ Grundl. 1889 „	—
5 % Arg. In. G.-A. 87 Pap.	41.80
4½ „ do. 1888 „	35.10
4½ „ Chil. G.-A. 1889 L.	88.80—70
5½ „ chin. Staatsanl. M.	103.10—40
3½ „ Egypt. priv. (Kl.) L.	93.—
4 „ do. unifis. „	97.40
3 „ do. garantirte „	—
6 „ Mexican. M.	—
6 „ do. (468) „	82.70
5 „ do. E. B. „	67.60
6 „ „ Ire. „	—
4½ „ N.-Am. Cons. 76 Gl.	—
4 „ do. 77 „	114.80

Ausländische Prioritäten.

5 % Albrecht 5fl.	69.50
5 „ do. in Gold „	148.10
4 „ Böhm. Nordb. I. G. M.	100.40
4 „ do. West. I. S. fl.	85.40
5 „ Buschtiehrader R.	99.—
5 % do. von 1871 R.	—
4½ „ do. I. G. M.	103.80
4 „ Don, Dampfsch. 82 „	91.80
4 „ Dux-Bod. I. II. 1869 5fl.	—
5 „ do. II. E. 1871 R.	91.50
5 „ do. Em. 1874 M.	109.—
4 „ Elbeth. stpfl in G. „	97—96.90
4 „ do. stfr. „	100.40
5 „ Ferd.-Nordb. 1872 5fl.	—
4 „ do. 1887 „	88.80
4 „ Fr.-Jos. (5000— „	—
5 „ § Fünfk.-Barcs „	68.80
4½ „ Gal. K.-Ludw. 1881 „	—
4 „ do. 1890 „	81—70.
4 „ Kaech.-Odb. 1889 „	79.80 60
4 „ do. 1889 M.	—
4 „ Lemb.-Czern. stpfl. 5fl.	71.50
4 „ do. stfr. „	—
5 „ Mähr. Grz. stfr. „	9.10
5 „ Mähr.-Schl.-Centr. „	70.20
4½ „ Oest. Lokalbahn „	85.60
4 „ do. in G. M.	95.80 70
5 „ Oest. Nordw. 1874 „	107.—
5 „ do. Lit. A „	—
5 „ do. Lit. B „	91.40
6 „ Oest. Südb. stfr. 3fl.	103.70
4 „ do. (ac.) M.	96.10 05
3 „ do. (71 O) Fr.	41.10—61
5 „ Oest.-Ug. Stb. 73/74 fl.	107.30
5 „ do. Br.-Ros. 65 R.	104.—
4 „ do. von 1883 M.	100.40
3 „ do. I.—VIII Em. Fr.	81.30
3 „ do. IX. E. (X. 77) „	82.—
3 „ do. Erghzan. „	81.80
5 „ Prag-Dux M.	107.20 30
5 „ Reichenb.-Pard. „	101.—
5 „ do. von 1866 5fl.	—
4 „ Rud. Bahngh. stfr. M.	100.40
6 „ Ungar. Nordost „	107.—
5 „ do. „	102.50—40
5 „ § Ungar.-Galiz. 5fl.	88.—
5 „ Vorarlberg „	89—81.90
4 „ § Wien-Pottendorf „	91.—

Bodenkredit-Obligationen.

4 % Bt. Stutg. VIII-X M.	101.80—70
4 „ Bay. Vereinsb. M. „	101.50—40
3½ „ do. „	95.80—50
4½ „ Verbk. Nürnb. „	120.50
4 „ Bayr. Hyp.-Bank „	103.—
3½ „ do. „	96.90—80
4 „ Bis. Bodkr. 86 S. IV „	1.2.50
4 % Pfd. Hyp. M.	100.60 50
4 „ do. ab 1886 „	101.90
3½ „ do. „	96.—
4½ „ do. Hy. Cr. V 105 „	105.—
4 „ Hyp.-B. I. Hamb. „	100.00
3½ „ do. „	92.30—20
4½ „ Meckl. H. W. S. L. „	—
4 „ do. II—III „	100.70—50
4 „ Mein. Hyp.-Bank „	100.70
3½ „ Nass. L.-B. F. „	—
4 „ do. Lit. G. „	102.10
4 „ do. Lit. J. abg. „	—
3½ „ do. Lit. H. „	98.10
3½ „ do. Lit. K & L. „	98.70 60
3½ „ Pfälz. Hypoth. R.	101.90
5 „ Pr. H.-C.-A. R. „	118.50
5 „ do. Serie 3 „	107.50
4½ „ do. „ 4 „	115.80
4 „ do. VII—IX „	100.40
4 „ Pr. Hy.-Akth. S. 86 R.	—
3½ „ do. „	93.70
4 „ Pr. Hyp. V. A. G. „	101.20
3½ „ do. „	—
4 „ Rhein. Hp. S. 43—46 „	100.50
4 „ do. S. 47-49-50 „	100.10
3½ „ do. „	94.80
4 „ Sächs. Bodkr. M. „	101.80
3½ „ do. „	96.80
4 „ Württ. Hyp.-B. „	102.30—10
3½ „ do. „	95.90—80
3½ „ do. do. „	96.90
4 „ Vereinsb. IV-X „	101.90—101
5 „ Ägyp. Cred. Fons. Fr.	—
5 „ Ital. Immobiliar Lr.	88.80—10
4½ „ do. Nationalbank „	94.—
4 „ Oest. Bodenk. 5fl.	100.—
5 „ do. Staatsdom. Fr.	108.—
5 „ Rus. Bd.-Cr. S. 1/62 5fl.	—
4½ „ do. Metall „	96.—
4½ „ Schwed. von 1879 M.	102.50—40
4 „ do. „	100.50—40
5 „ Serb. St.-B.-Cr. Fr.	85.—
5 „ Ung. Hyp.-B. 5fl.	86.—

Bank-Aktien.

4½ % Deutsch. Reichsb. M.	149.10
8 „ Frankfurter Bank fl.	160.
4 „ Amsterdamer Bank „	180.—
4 „ Antwerpen Centr. Fr.	107.10 107
4 „ Badische Bank R.	113.—
5 „ Basler Bankver. Fr.	123.50
4 „ Bayer. Handelsb. fl.	143.—
5 „ do. Hy.-& W.-B. „	199—95.
4 % Brüsseler Bank Fr.	—
4 „ Darmstädter Bank fl.	—
4 „ Deutsche Bank M.	161.10—160
4 „ D. Genossensch.-B. „	119.—
4 „ D. Unionbank „	70.—
4 „ D. Vereinsbank „	105.50
4 „ Dresdener Bank „	108—08.40
4 „ Frankf. Hyp.-B. „	135.80
4 „ do. Hyp.-C.-Ver. „	107.20—10
4 „ Germ. Gr.-E.-Pfd. R.	—
5 „ Hamb. K.-u. D.-B. M.	—
4 „ Kölner W.-u. K.-B. „	94.50
4 „ Luxb. Int. Bank Fr.	136.60
4 „ Mitteld. Kreditb. R.	98.—
4 „ Nürnb. Vereinsb. „	172.—
4 „ Pfälz. Bank „	112.90
4 „ Pr. Bodenkreditb. „	124.—
4 „ Schaffhaus. B.-V. M.	107.50
4 „ Rhein. Kreditb. R.	116.70—60
4 „ Südd. Bank M.	152.—
4 „ do. Bodenkrb. fl.	153.40
4 „ Würtb. Bankanst. „	121.60
4 „ do. Notenbank fl.	107.80
4 „ do. Vereinsb. „	123.90
5 „ Oesterr. Ung. Bk. 5fl.	854.—852
5 „ do. Kreditb. „	266½—½
5 „ Ungar. Credit „	290.—
5 „ Unionb. in Wien „	—
4 „ D. Eb. 50% R.	118.80 90
4 „ D. Hyp.-B. 50% „	103.—
4 „ Rh. Hyp.-B. 60% „	142.—
5 „ Banq. Ottom. 50% „	168.80

Inländische Eisenbahn-Aktien.

4 % Baden-Speyer R.	39.80
4 „ Bess. Ludwigsh. „	110.50
4 „ Ludwigsh.-Bexb. fl.	232.80 70
4½ „ Pfälzische Max „	142.—
4 „ do. Nord „	119.50
4 „ Werrabahn R.	71.—

Ausländische Eisenbahn-Aktien.

5 % Albrecht fl.	77½
5 „ Böhm. Nordbahn „	156½
5 „ Galiz. Karl Ludw. „	181½—81.
5 „ Oe.-Ung. Stb. unst. Fr.	248½
5 „ do. Südb. (Lomb.) fl.	77.—½
4 „ Prag-Dux Pr. A. „	115½
4 „ Gotthardb. 50% fl. Fr.	—
4 „ Schw. Centralb. „	151.80
4 „ Nordost (P.-A.) „	1.9.50—11

Vereinzelte Anlehens-Loose.

3½ % Preussische R.	161.50
4 „ Bad. Prämien „	137.50—48
4 „ Bayer. Prämien „	140.50—40
3½ „ Köln-Minden „	135.60—50
5 „ Meis. Pr.-Pfandbr. „	127.—.
4 „ Oesterr. v. 1854 5fl.	193.40
5 „ do. v. 1860 „	138.—
3 „ Oldenburger fl.	138—30.80

Unvereinzelte Anlehens-Loose.

Anzh. Gunzenh. fl.	43.90
Augsburger „	29.50
Braunschweiger fl.	104.—
Bukarester Fr.	
Freiburger „	20.40
Genua Lr.	—
Kurhessische „	—
Mailänder Fr. 45 Fr.	43.60
„ „ 10 „	—
Meininger fl.	27.70—60
Neuchateler Fr.	21.80
Oesterr. von 1864 5fl.	322.30
do. Kredit 1858 „	325 —
Pappenh. Gräfl. 5 fl.	38.20
Schwedische R.	80.10

Wechsel.

Amsterdam fl.	168.55 50
Antw. Brüssel Fr.	81.30—80
London Pfd. Sterl.	20.405.
Italien Lire	77.65
Paris Fr.	81.15
St. Petersburg S.-R.	80.65
Schweiz Fr.	
Wien fl.	171.80

Geldsorten.

20 Franken	16 21—20
20 Franken in ½	16 22—18
Gold-Dollars	4 20—18
Dukaten	9 60—55
Dukaten al marco	9 65—60
Engl. Sovereigns	20 41—36
Russ. Imperials	16 75—65

Coupons.

Oesterr. Papier	171.60
Oesterr. Silber	85.90
Amerik. Unz. fr.	4.17

Diskonto.

Reichsbank	3½
Frankfurter Bank	3½

Verantwortlich: [illegible] redaktionelles [illegible] — Für den [illegible] — Druck [illegible]